

+++ SPERRFRIST: 28. Oktober 2024, 12.30 Uhr +++

Medienmitteilung vom 28. Oktober 2024

Initiativkomitee reicht 7'414 Unterschriften für einen Mindestlohn in der Stadt Bern ein

Heute hat das Komitee der Initiative „Ein Lohn zum Leben. Für einen Mindestlohn in der Stadt Bern.“ der Berner Stadtkanzlei 7'414 Unterschriften für einen städtischen Mindestlohn übergeben. Die hohe Zahl an Unterschriften zeigt die grosse Akzeptanz des sozialpolitischen Anliegens in der Berner Bevölkerung. Diese fordert unmissverständlich: Armut trotz Arbeit muss der Vergangenheit angehören.

Am 1. Mai 2024 lancierte ein breites Komitee aus Parteien, Gewerkschaften und Hilfswerken die Initiative „Ein Lohn zum Leben. Für einen Mindestlohn in der Stadt Bern.“ Das Ziel der Initiative ist ein sozialpolitisch verankerter, armutsbekämpfender Mindestlohn auf dem Gebiet der Stadt Bern in der Höhe von 23.80 Franken pro Stunde. Damit soll prekären Arbeitsbedingungen, die Armut trotz Vollzeitarbeit verursachen, ein Riegel geschoben werden.

Der Prozess der Unterschriftensammlung wurde durch den zwischenzeitlichen Verlust von 1'600 Unterschriften in der Berner Stadtkanzlei erheblich erschwert. Trotzdem ist es dem Komitee gelungen, dank breiter Solidarität in der Bevölkerung innerhalb der ordentlichen Sammelfrist mehr als 7'300 Unterschriften zu sammeln. Diese wurden heute der Stadtkanzlei übergeben.

Das Komitee sieht sich durch die hohe Zahl an Unterzeichnenden in seinem Anliegen bestärkt. Die Einführung eines Mindestlohnes ist ein wichtiges sozialpolitisches Erfordernis. Armut trotz Arbeit ist einer fortschrittlichen und solidarischen Gesellschaft nicht würdig und muss verhindert werden. Der Mindestlohn schützt die Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt und trägt zu einem Leben in Würde für alle Arbeitnehmenden bei, die den Wohlstand in der Stadt Bern erwirtschaften.

Das Komitee erwartet daher nun die rasche Prüfung und Beratung der Initiative durch den Gemeinderat und das Stadtparlament und damit eine schnelle politische Umsetzung des Volksbegehrens. Jeder Tag, an dem Armut trotz Arbeit in der Stadt Bern fortbesteht, ist einer zu viel. Für einen Mindestlohn in der Stadt Bern – jetzt.

Auskunftspersonen

Stefan Wüthrich, Co-Präsident Gewerkschaftsbund Stadt Bern und Umgebung: 079 642 85 64

Jacob Rohde, Sekretär Gewerkschaftsbund Stadt Bern und Umgebung: 077 412 75 99

Lena Allenspach, Co-Präsidentin SP Stadt Bern: 079 814 12 11

Ursina Anderegg, Co-Präsidentin Grünes Bündnis Bern: 079 754 49 51

Matthias Humbel, Co-Präsident Grüne Freie Liste Bern: 078 845 07 99

Raffael Joggi, Stadtrat Alternative Linke Bern: 079 437 02 94

Matteo Micieli, Stadtrat PdA-Bern: 0764392912

Jakub Walczak, Co-Präsident*in JUSO Stadt Bern: 079 123 88 12

Elia Gerber, Junge Alternative JA!: 079 425 20 58

Michel Berger, Regionalsekretär VPOD Bern Städte Gemeinden Energie: 079 252 71 81

Michael Spahr, Leiter Kommunikation und Kampagnen SEV: 076 361 93 41